

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

63061 Offenbach (Main)

Präsident des Hessischen Landtages
Norbert Kartmann
Schlossplatz 1 - 3

65183 Wiesbaden

Bearbeitung: K.H.Halle
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2656
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21

Datum: 18. November 2003

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich möchte sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach in ihrer Sitzung am 13. Nov. 2003 folgenden **Beschluss** gefasst hat:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Hessische Landesregierung auf, die beabsichtigte rigorose Streichung von Zuschüssen für Einrichtungen und Dienste freier Träger zurückzunehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Mitglieder des Hessischen Landtages, insbesondere die der CDU aus der Stadt Offenbach, auf, die Kürzungsvorschläge nicht in den Landeshaushalt 2004 aufzunehmen.

Der Magistrat wird gebeten, in einem Bericht an die Stadtverordnetenversammlung darzulegen, welche Einrichtung und Angebote in Offenbach durch die Kürzungspläne der Hessischen Landesregierung betroffen sind.

Der Bericht soll sowohl Auskünfte über die Höhe der Kürzungen für Einrichtungen und Angebote der Stadt Offenbach enthalten als auch entsprechende Daten über Angebote und Einrichtungen der Freien Träger im Stadtgebiet.

Darüber hinaus ist für die Angebote und Einrichtungen der Freien Träger der Anteil der Kürzungen an den jeweiligen Gesamtausgaben darzustellen.

Zur besonderen Aufmerksamkeit empfehle ich Ihnen die ersten beiden Absätze des Beschlusses.

Mit freundlichen Grüßen


Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher

**DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACH AM MAIN**

63061 Offenbach (Main)

**Herr Staatsminister
Stefan Grüttner
Staatskanzlei
Bierstadter Straße 2

65183 Wiesbaden**

**Bearbeitung: K.H.Halle
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2656
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21**

Datum: 18. November 2003

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

ich möchte sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach in ihrer Sitzung am 13. Nov. 2003 folgenden Beschluss gefasst hat:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Hessische Landesregierung auf, die beabsichtigte rigorose Streichung von Zuschüssen für Einrichtungen und Dienste freier Träger zurückzunehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Mitglieder des Hessischen Landtages, insbesondere die der CDU aus der Stadt Offenbach, auf, die Kürzungsvorschläge nicht in den Landeshaushalt 2004 aufzunehmen.

Der Magistrat wird gebeten, in einem Bericht an die Stadtverordnetenversammlung darzulegen, welche Einrichtung und Angebote in Offenbach durch die Kürzungspläne der Hessischen Landesregierung betroffen sind.

Der Bericht soll sowohl Auskünfte über die Höhe der Kürzungen für Einrichtungen und Angebote der Stadt Offenbach enthalten als auch entsprechende Daten über Angebote und Einrichtungen der Freien Träger im Stadtgebiet.

Darüber hinaus ist für die Angebote und Einrichtungen der Freien Träger der Anteil der Kürzungen an den jeweiligen Gesamtausgaben darzustellen.

Zur besonderen Aufmerksamkeit empfehle ich Ihnen die Absätze 1 und 2 des Beschlusses.

Mit freundlichen Grüßen


**Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher**

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER

DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

.63061 Offenbach (Main)

Herr Ministerpräsident
Roland Koch
Staatskanzlei
Bierstadter Straße 2

65189 Wiesbaden

Bearbeitung: 'K.H.Haffe
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2656
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21
Datum: 18. November 2003

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

ich möchte sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach in ihrer Sitzung am 13. Nov. 2003 folgenden Beschluss gefasst hat:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Hessische Landesregierung auf, die beabsichtigte rigorose Streichung von Zuschüssen für Einrichtungen und Dienste freier Träger zurückzunehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Mitglieder des Hessischen Landtages, insbesondere die der CDU aus der Stadt Offenbach, auf, die Kürzungsvorschläge nicht in den Landeshaushalt 2004 aufzunehmen.

Der Magistrat wird gebeten, in einem Bericht an die Stadtverordnetenversammlung darzulegen, welche Einrichtung und Angebote in Offenbach durch die Kürzungspläne der Hessischen Landesregierung betroffen sind.

Der Bericht soll sowohl Auskünfte über die Höhe der Kürzungen für Einrichtungen und Angebote der Stadt Offenbach enthalten als auch entsprechende Daten über Angebote und Einrichtungen der Freien Träger im Stadtgebiet.

Darüber hinaus ist für die Angebote und Einrichtungen der Freien Träger der Anteil der Kürzungen an den jeweiligen Gesamtausgaben darzustellen.

Zur besonderen Aufmerksamkeit empfehle ich Ihnen den ersten Absatz des Beschlusses.

Mit freundlichen Grüßen


Manfred Wirsing
StadtverordneterVorsteher

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER

DER STADT

OFFENBACH AM MAIN

63061 Offenbach (Main)

**MdL Fraktionsvorsitzender
Tarek Al-Wazir
Berliner Straße 243**

**Bearbeitung: K.H.Halle
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2656
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21**

Datum: 18. November 2003

63067 Offenbach

Sehr geehrter Herr Al-Wazir

ich möchte sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach in ihrer Sitzung am 13. Nov. 2003 folgenden Beschluss gefasst hat:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Hessische Landesregierung auf, die beabsichtigte rigorose Streichung von Zuschüssen für Einrichtungen und Dienste freier Träger zurückzunehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Mitglieder des Hessischen Landtages, insbesondere die der CDU aus der Stadt Offenbach, auf, die Kürzungsvorschläge nicht in den Landeshaushalt 2004 aufzunehmen.

Der Magistrat wird gebeten, in einem Bericht an die Stadtverordnetenversammlung darzulegen, welche Einrichtung und Angebote in Offenbach durch die Kürzungspläne der Hessischen Landesregierung betroffen sind.

Der Bericht soll sowohl Auskünfte über die Höhe der Kürzungen für Einrichtungen und Angebote der Stadt Offenbach enthalten als auch entsprechende Daten über Angebote und Einrichtungen der Freien Träger im Stadtgebiet.

Darüber hinaus ist für die Angebote und Einrichtungen der Freien Träger der Anteil der Kürzungen an den jeweiligen Gesamtausgaben darzustellen.

Zur besonderen Aufmerksamkeit empfehle ich Ihnen die Absätze 1 und 2 des Beschlusses.

Mit freundlichen Grüßen

**Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher**

63061 Offenbach (Main)

Mitglied des Landtages

Heike Habermann
Vilbeler Straße 28

63073 Offenbach

Bearbeitung: K.H.Halle
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2656
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21

Datum: 19 November 2003

Sehr geehrte Frau Habermann

ich möchte sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach in ihrer Sitzung am 13. Nov. 2003 folgenden Beschluss gefasst hat:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Hessische Landesregierung auf, die beabsichtigte rigorose Streichung von Zuschüssen für Einrichtungen und Dienste freier Träger zurückzunehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Mitglieder des Hessischen Landtages, insbesondere die der CDU aus der Stadt Offenbach, auf, die Kürzungsvorschläge nicht in den Landeshaushalt 2004 aufzunehmen.

Der Magistrat wird gebeten, in einem Bericht an die Stadtverordnetenversammlung darzulegen, welche Einrichtung und Angebote in Offenbach durch die Kürzungspläne der Hessischen Landesregierung betroffen sind.

Der Bericht soll sowohl Auskünfte über die Höhe der Kürzungen für Einrichtungen und Angebote der Stadt Offenbach enthalten als auch entsprechende Daten über Angebote und Einrichtungen der Freien Träger im Stadtgebiet.

Darüber hinaus ist für die Angebote und Einrichtungen der Freien Träger der Anteil der Kürzungen an den jeweiligen Gesamtausgaben darzustellen.

Zur besonderen Aufmerksamkeit empfehle ich Ihnen die Absätze 1 und 2 des Beschlusses.

ff
Mit freundlichen Grüßen


Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher